antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN – Bund der Antifaschisten, Schleswig-Holstein

Nr. 54 August 2006

Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung Schleswig-Holstein (ZAA)

Die Waffen nieder! Stoppt den Krieg in Nahost!

Der Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung Schleswig Holstein (ZAA) fordert die sofortige **bedingungslose Einstellung aller Kampfhandlungen** im Nahen Osten. Für diesen Krieg gibt es keine Rechtfertigung. Dem Völkerrecht, das Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen fordert und Kriegshandlungen, wie jetzt im Libanon und Gaza, verbietet, muss Geltung verschafft werden.

- Nur so können Menschenleben auf **beiden Seiten** geschützt werden,
- nur wenn die Waffen schweigen, haben **Friedensverhandlungen** eine Chance
- nur so kann es zu einem Gefangenenaustausch kommen,
- nur so kann die Gefahr eines **Flächenbrandes** im Nahen Osten verhindert werden, der Syrien und den Iran einbeziehen könnte,
- nur so kann der immer stärker anwachsende **Hass** arabischer und israelischer Menschen **abgebaut werden**.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für das **sofortige Ende der Kriege ohne Vorbedingungen** einzusetzen, klare Aussagen gegen den nicht zu rechtfertigenden Krieg zu treffen, anstatt mit Einsätzen deutschen Militärs zu liebäugeln. Die Bundesregierung hat Möglichkeiten, die sie ausschöpfen kann.

Wir fordern von der Bundeskanzlerin Merkel:

- **Keine deutschen Truppen** nach Nahost!
- Unternehmen Sie friedenspolitische Anstrengungen zur Entschärfung des Konflikts
- **Sofortigen Stopp** jeglicher – auch deutscher und europäischer – **Waffenexporte** an die Atommacht Israel!

Weitergehende Alternativen der Friedensbewegung sind:

- Vollständiger Rückzug der israelischen Truppen aus Gaza und Libanon
- Eintritt in Verhandlungen über Libanon unter Einschluss der Hisbolla
- Anerkennung der gewählten Palästinenserregierung als Verhandlungspartner
- Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten – Ziele: Friedliche Koexistenz aller Staaten der Region, gegenseitige Sicherheitsgarantien, Abrüstung, atomwaffenfreie Zone Naher Osten.

Der Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung Schleswig Holstein (ZAA) unterstützt Aktionen der Friedensbewegung, die auf sofortiges Schweigen aller Waffen gerichtet sind.

Für den ZAA: Nadja Kleinholz
Helmut Welk
Bernd Meimberg
Wittigo Stubbe



Kein Schlussstrich per Schlusspfiff!

Interview mit Peter Gingold, Bundessprecher der VVN-BdA, zu Fragen von Patriotismus und Internationalismus nach der Fußball-WM

Die WM ist zu Ende. Siehst Du mit dieser Fifa-Weltmeisterschaft ein gefährliches Anwachsen des Nationalismus, hat nun das nationalistische Gedankengut der Neonazis „Ich bin stolz eine Deutscher zu sein“ einen mächtigen Auftrieb?

Natürlich waren die meisten Deutschfahnenschwenker keine Nationalisten. Es war da diese Freude am Spiel, die Identifikation mit der Nationalmannschaft, wie wir sie in allen Ländern, aber auch in den Fußballgemeinden der deutschen Großstädte kennen: Die Freude an unserer Mannschaft, ob nun in der Stadt oder im Land. Das war eher Love-Parade, Karneval, raus aus dem Alltagsleben.

Also Entwarnung? Da war nur Partyotismus, wie manche Beobachter es nannten, weniger Patriotismus?

Dies auch nicht. Denn zusätzlich kräftig von den Medien gestärkt wurde das, was längst da war: Die Kampagne für die deutsche Leitkultur, die Kampagne von Prominenten „Du bist Deutschland“. Man wollte volksgemeinschaftliche patriotische Gefühle wecken, sich zu diesem Deutschland zu bekennen. Das wurde natürlich mit der WM gefördert, das Wir-Gefühl, wir in einer Volksgemeinschaft, endlich ohne Beklemmung sich zu Deutschland zu bekennen. Und dann, immer wieder das Deutschlandlied zu singen, doch nun stolz sein zu können, ein Deutscher zu sein. Das muss schon Beklemmung auslösen.

Aber knüpft das nicht an ein verständliches wachsendes Bedürfnis vieler Menschen an, in einer Gemeinschaft Geborgenheit zu empfinden angesichts von diffusen und tatsächlichen Bedrohungen?

Ja, die Globalisierung wird als Bedrohung empfunden. Es gibt das Gefühl, beherrscht zu sein von einer Fremdbestimmung, von einer anonymen europäischen Macht. Da will man im eignen Land, in seiner Nation geborgen sein. Natürlich hat die WM dem einen neuen Auftrieb gegeben, wenn auch nicht alles nachhaltig sein wird nach Rückkehr in den tristen Alltag.

Wie sollten die Linken, die Antifaschisten, die VVN-BdA dem Rechnung tragen?

Wir dürfen uns jetzt nicht in unserer Reaktion in die Ecke der „Antideutschen“ drängen lassen. Diese Losung „Nie wieder Deutschland“, das kann nicht die unsere sein. Deutschland ist eine Realität. Wir gehören zu diesem Land, wir haben in ihm Verantwortung zu tragen. Wir sollten eine positive Antwort geben, wie wir zu Deutschland stehen. Antwort auf diese Frage wird mir immer wieder von Jugendlichen abverlangt. Wenn wir uns nicht ins Abseits gestellt sehen wollen, dann stellen wir uns der Frage, was für uns das eigene Land bedeutet, in dem wir leben und kämpfen, was für uns national und nationalistisch ist, wie wir mit dem Begriffen Vaterland, Vaterlandsliebe, Heimatliebe und Patriotismus umgehen..



Und wie antwortest Du auf Deinen vielen Veranstaltungen? Auch in der WM-Zeit hast Du ja vor Jugendlichen gesprochen, die sind durchaus zahlreich erschienen.

Zunächst halte ich den „Antideutschen“ immer wieder entgegen: Von Karl Liebknecht kam nicht der Spruch: „Der Feind ist das eigene Land“. Sondern: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“. Das heißt, alles Reaktionäre, die Kriegstreiber im eigenen Land zu bekämpfen. Oft werde ich gefragt, wie konntest Du in dieses Land wieder zurückkehren, gleich nach der Befreiung, nach all dem, was dies der Welt, der jüdischen Bevölkerung angetan hatte, - fast meine gesamte Verwandtschaft wurde ja ausgerottet, vor jenem Deutschland musste ich damals mein zweijähriges Kind verstecken. Ich bin deshalb zurück gekommen, um mit allen anderen überlebenden Opfern mitzuhelfen, damit ein anders Deutschland entsteht, wie es Johannes R. Becher und Bert Brecht in ihren Nationalhymen ausdrückten. Das sah ich als Deutscher als meine nationale Pflicht an. Zugleich war es und ist es eine Pflicht des Internationalismus, dass von diesem Land keine Bedrohung anderer Völker ausgehen kann. Da kann es keinen Widerspruch geben zwischen Nationalem und Internationalismus. Wenn ich es als Pflicht als Deutscher, als Kommunist aus jüdischer Familie begreife – meinetwegen als nationale Pflicht begreife -, im eigenen Land für den Fortschritt zu kämpfen, ist es zugleich meine internationalistische Pflicht. Andererseits ist es zum Wohle des eigenen Landes, dass wir alles, was es in anderen Ländern an fortschrittlichen Bewegungen gibt, unterstützen. Das zeichnete die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien aus.

Also bist Du doch ein deutscher Patriot?

Ich bin kein deutscher Patriot, auch wenn Frau Merkel es nun noch so sehr von uns allen wünscht. Mit der Entstehung Deutschlands war der Patriotismus im Unterschied zu dem anderer Nationen geprägt vom Nationalismus, vom Hass, von Überheblichkeit und Aggression gegen andere Völker, geprägt vom Rassismus, der unter Hitler seinen Höhepunkt fand als das Vorrecht einer Eliterasse, sich verbrecherisch gegenüber allen anderen Völkern verhalten zu können, sie auszuplündern, zu versklaven, sie mit Massenmord vom Erdboden verschwinden zu lassen. Doch einmal konnte ich im Krieg Patriotismus in den Mund nehmen, als ich sagte, der einzige legitime Patriotismus ist der, dem eigenen Land die Niederlage zu bereiten. In anderen Ländern, auch auf Grund ihrer Geschichte, hat der Patriotismus einen ganz anderen Klang.

Dies gilt besonders für Frankreich und Italien? Du hast ja sowohl in Deutschland als auch in Frankreich und Italien am antifaschistischen Widerstandskampf teilgenommen.

Ja. Die Deutschen, die dort in der Résistance und bei den Partisanen kämpften, waren als Ausländer die Patrioten ihres Landes. Als ich während des Aufstands in Paris in dem bereits befreiten Viertel unsere damalige Wohnung aufsuchte, die Concierge (Hausmeisterin) mir als Erste begegnete, die wusste, dass ich an der Résistance teilnahm, da empfing sie mich als Ausländer mit den Worten: „Vous êtes un grand Patriot!“. Zum 60. Jahrestag der Landung in der Normandie gab „Le Monde“ eine Sonderausgabe heraus, mit dem Titel: „Die Patrioten und Befreier Frankreichs“, darunter das Porträt von drei Deutschen, u.a. auch meines. Auch als vor einiger Zeit in ARTE der Film über die Deutschen in der

französischen Résistance lief, hatte er den Titel „Fremde als Patrioten in Frankreich“.

Frankreich hat die Weltmeisterschaft ebenso wenig gewonnen wie Deutschland, aber dennoch will man uns nun einreden, wir seien die Größten und Besten. Gewonnen hat Italien. Woran denkst Du da?

Zunächst mal ist allen zu gratulieren, die gewonnen haben und allen die faire und schöne Spiele boten. Mir fällt auf, dass viel Freundliches über Italien geschrieben und gesagt wird, aber es ist wie in der Innenpolitik, in der man hinter dem schönen Schein uns während der WM schlimme soziale Verschlechterungen bescherte. Auch gegenüber Italien wird verschwiegen, dass noch manche berechtigte Rechnung aus dem Süden offen ist. Zum Beispiel mussten die Massen, die in Dortmund zum Italienspiel gingen, an der Westfalenhalle vorüber. Dort hat man bisher versäumt, ein Schild anzubringen, das darauf hinweist, wie sehr auch italienische Sklavenarbeiter im Stalag in der Westfalenhalle gelitten haben. Viele kamen während der Bombardierungen ums Leben. Die italienischen Überlebenden wurden leider von der Bundesregierung zu Kriegsgefangenen erklärt, und – da kriegsgefangene Zwangsarbeiter nicht berechtigt seien, Entschädigung zu empfangen – von der Zwangsarbeitentschädigung ausgeschlossen. Zudem blieben bis heute bei uns alle während des Krieges von Deutschen an Italienern verübten Kriegs- und NS-Verbrechen ungesühnt, so dass die italienischen Gerichte nun dazu übergingen, die betreffenden ehemaligen SS- und Wehrmachtssoldaten in Italien vor Gericht zu stellen. Die dortigen Gerichte sprachen Höchststrafen aus; da aber die Angeklagten nicht ausgeliefert wurden, leben sie noch immer unter uns. Wir haben kürzlich vor den Häusern der in Italien Verurteilten demonstriert und ihre Bestrafung bzw. Überstellung an die italienische Justiz verlangt. In Dortmund sitzt auch die Zentralstelle der Staatsanwaltschaft für NS-Massenverbrechen, die zuständig ist für die Verfolgung der Morde an 5000 italienischen Kriegsgefangenen im September 1943 auf der griechischen Insel Kephallonia, – auch dieser Fall kommt nicht voran. Ich frage: Soll mit dem „positiven Patriotismus“, der „nicht mit dem Endspiel vorbei sein“ darf, so die Politiker und viele Medien, nun endgültig die Geschichte im schwarz-rot-goldenen Fahnengetümmel untergehen? Schlussstrich per Schlusspfiff? Das dürfen wir nicht zulassen.

Interview: Ulrich Sander

Es bleibt dabei:
In Kiel ist kein Platz für Nazis

Am 3. Juni und am 1. Juli haben AnhängerInnen der faschistischen NPD versucht, in Kiel zu demonstrieren. Am 3. Juni wurde die Demonstration untersagt mit der Begründung, die Polizei könne wegen zahlreicher anderer Veranstaltungen am gleichen Tag angesichts der zu erwartenden antifaschistischen Mobilisierung nicht für die Sicherheit der Faschisten garantieren. An diesem Tag fand keine Nazi-Aktion statt. Am 1. Juli wurde die Demonstration mit einer ähnlichen Begründung verboten; stattdessen wurde eine Kundgebung am Hauptbahnhof, an der 21 NPDlerInnen um den Kieler Kreisvorsitzenden Hermann Gutsche teilnahmen, von mehreren Hundertschaften Polizei bewacht. Die Versuche, PassantInnen faschistisches Gedankengut nahe zu bringen, scheiterten an der lautstarken Präsenz antifaschistischer DemonstrantInnen.

In beiden Fällen haben antifaschistisch gesinnte Menschen ... schnell und effektiv auf die ganz kurzfristig bekannt gewordenen Aktionen bzw. Vorhaben reagiert. Vor dem 3. Juni wurden im gesamten Südfriedhof-Viertel, durch das die Polizei die NPD zunächst hatte hindurchgeleiten wollen – wenn nötig, mit Wasserwerfer-Einsatz; um solch schwerem Gerät die Durchfahrt zu ermöglichen, sollten die AnwohnerInnen die Parkplätze vor den Häusern räumen – die BewohnerInnen informiert und zur fantasievollen Gegenwehr aufgerufen. Nicht zuletzt dieser Umstand und die von vielen öffentlich ... geäußerte Empörung über den geplanten Nazi-Aufmarsch und nicht einfach die angeblich erwarteten „1.500 Autonomen“ und die ... reißerisch prophezeiten „Krawalle“ dürfte ein Umdenken bei den Ordnungsbehörden und das schließlich ausgesprochene Demonstrationsverbot veranlasst haben. Trotz der Bekanntgabe des Verbots u.a. im Rundfunk und den Kieler Nachrichten beteiligten sich noch etwa 400 Menschen an einer Protestkundgebung, zu der der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus aufgerufen hatte.

Inzwischen hat die NPD weitere Demonstrationen und andere Aktionen in Aussicht gestellt.Angesichts dessen bekräftigen wir nachdrücklich unsere bekannte Auffassung: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. In unserer Stadt ist für Faschisten kein Platz. Wer versucht, ihnen öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen, wird auf Widerstand stoßen.

Von der Stadtverwaltung erwarten wir, dass keine Nazi-Aktionen mehr genehmigt werden. Selbst wenn die Nazis von Fall zu Fall vor Verwaltungsgerichten Recht bekommen, so wäre ihnen damit unter anderem die Durchführung von Geheim-Aktionen erschwert. Zu solchen Aktionen dürfen die Ordnungsbehörden in keinem Fall die Hand reichen. Innerhalb der Behörden gibt es offenbar widerstreitende Ansichten (und entsprechend widersprüchliches Verhalten) zur Frage der öffentlichen Bekanntgabe von beantragten Aktivitäten der Nazis. Von Nazi-Seite gibt es Überlegungen bzw. entsprechende Angebote, den Behörden einen Verzicht auf breite Mobilisierung zu signalisieren, wenn andererseits die Stadt nichts nach außen dringen lässt - mit der Etablierung wiederkehrender Einsätze wie Infoständen, Kundgebungen und kurzen Märschen mit eher geringer Beteiligung wären die Nazis in Kiel fürs erste wohl zufrieden.

Die Stadt muss sich endlich deutlich dazu bekennen, dass sie faschistische Aufmärsche grundsätzlich wegen ihrer Inhalte ablehnt und dass sie die Mobilisierung von Gegen-Öffentlichkeit für wünschenswert hält. – Alle Versuche ... ‚die Nazis als die eigentlich gewaltfreien und eher harmlosen Kräfte hinzustellen und antifaschistische DemonstrantInnen als die eigentlichen Störer, Krawallmacher und Gewalttäter zu verunglimpfen, weisen wir zurück. Eine absurdere Verdrehung der Tatsachen kann man sich kaum vorstellen. Dies ist zugleich eine Beleidigung all der Opfer, die die faschistische Gewalt in diesem Land in den letzten Jahren gefordert hat. Der Protest gegen Nazi-Aktivitäten wird von Menschen aus vielen Spektren der Gesellschaft getragen, auch in unserer Stadt. Sie dürfen nicht kriminalisiert werden. Eine Beschneidung des grundgesetzlich geschützten Demonstrationsrechts sehen wir in der Tatsache, dass antifaschistische Demonstrationen von PolizistInnen umfassend gefilmt werden.Es ist zu erwarten, dass die Faschisten in Kiel einen erneuten Anlauf unternehmen werden, um sich im Stadtbild als Teil des akzeptierten politischen Spektrums zu etablieren. Gleichzeitig gibt es in letzter Zeit vermehrt gewalttätige Übergriffe durch bekannte Faschisten, etwa in Gaarden, denen unbedingt Einhalt geboten werden muss. Wir fordern alle PolitikerInnen, besonders die Ratsmitglieder, auf, sich unmissverständlich gegen jegliche Auftritte der NPD und anderer faschistischer Kräfte auszusprechen und nach ihren Möglichkeiten zu Gegenöffentlichkeit und Gegenwehr beizutragen.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass unsere Stadt ein schlechtes Pflaster für Faschisten bleibt. *Kiel, 25. Juli 2006*

Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel, Bettina Jürgensen Dietrich Lohse (geringfügig gekürzt)

Der Landesverband der NPD und seine Tätigkeiten!

Hier ein Propagandatisch und da mal eine Anmeldung zu einer Demonstration, wer kontinuierlich die Aktivitäten des Landesverbandes der NPD in Schleswig Holstein verfolgt, kommt schnell zu dem Schluss, dass die Aktivitäten der neonazistischen NPD im Lande stark zugenommen haben. Doch ist es wirklich so? Wie sind diese Aktivitäten der NPD und dessen Struktur von antifaschistischer Seite einzuschätzen?

Ein Rückblick!

Im Jahre 2003 wurde auf einem NPD-Landesparteitag in Schleesen der damalige Landesvorsitzende Peter Borchert von der Basis abgewählt. In den Jahren zuvor nutzte Peter Borchert seine Stellung dazu, die Zusammenarbeit zwischen NPD-Kräften und Mitgliedern freier Kameradschaften in Schleswig Holstein zu intensivieren. Seine Planung zielte darauf ab, durch diese Zusammenarbeit zwischen NPD und die sich offen zum Nationalsozialismus bekennenden Kameradschaften, eine noch stärkere Radikalisierung innerhalb der NPD herbeizuführen. Das Resultat dieser Radikalisierung äußerte sich in einer Mitgliederzahl von unter 100 NPD-Mitgliedern und leeren Kassen. Der neu gewählte Vorstand trug mit Uwe Schäfer als Landesvorsitzenden ein altes Gesicht. Schäfer war schon bis zur seiner Abwahl im Jahre 1998 Landesvorsitzender der NPD. Von der ehemaligen Führungsriege Borcherts konnten sich nur der junge Selenter Neonazi Jens Lütke und der Kieler Peter von der Born im Vorstand behaupten.

Durch eine sofort einsetzende Reorganisation des Landesverbandes und seiner Kreisverbände stiegen in den Jahren 2003/04 die Aktivitäten der NPD in Schleswig Holstein. Eine wahre Flut von internen Veranstaltungen in den einzelnen Kreisverbänden sorgte für einen stetigen Zuwachs an neuen Mitgliedern. Mit der „Schleswig Holstein Stimme“ wurde (mit Jens Lütke als Redakteur) ein NPD eigener Rundbrief ins Leben gerufen.Und auch die Internetpräsenz der NPD wurde nach und nach für Schleswig Holstein ausgebaut. Selbst an einen in Kampfsport ausgebildeten Ordnerdienst unter der Leitung von der Born wurde gedacht. Während dieser Neustrukturierung und Konsolidierungsphase war ein Auftreten der NPD in Schleswig Holstein im öffentlichen Raum kaum wahrzunehmen, dies änderte sich erst im zweiten Halbjahr 2004 als die NPD ihren Wahlkampf für die Landtagswahlen in Schleswig Holstein eröffnete. Der Schulterschluss zwischen der NPD und der DVU, der unter den Namen „Volksfront von rechts“ für eine übergreifende Zusammenarbeit zwischen den Parteien sorgen sollte, wurde von der NPD erweitert. Nicht nur die DVU oder die Republikaner sollten ins Boot gezogen werden, sondern auch die „freien Nationalisten“ und ihre Kameradschaften. In Schleswig Holstein konnte während des Wahlkampfes beobachtet werden, wie die Zusammenarbeit zwischen „freien Nationalisten“ und der NPD immer enger wurde und letztendlich dazu führte das große Teile des Kameradschaftsspektrums sich auflösten und mittlerweile die Basis für die meisten der Kreisverbände der NPD in Schleswig Holstein stellen. Nach der Niederlage im Landtagswahlkampf schaffte es der Landesverband die Katerstimmung in den eigenen Reihen klein zu halten und die Zahl ihrer Mitglieder stetig zu steigern. Im Jahre 2005 zeichneten sich auch wieder Propagandaaktionen der NPD mit einem regionalen Schwerpunkt im Raum Rendsburg/Eckernförde ab. Es zeigte sich aber, dass die NPD durch den starken antifaschistischen Widerstand vor Ort sehr schnell diese Propagandaaktionen ihrerseits einstellte.

Am 29.01.2006 wählte die NPD auf einem Landesparteitag in der Wilstermarsch einen neuen Landesvorstand. Wiederum wurde der alte Landesvorsitzende Uwe Schäfer in seinem Posten bestätigt. Auch der 27- jährige Jens Lütke wurde als stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt. Neu in den Vorstand wurden der bisher als Wahlkampfleiter fungierende Ingo Stawitz und der Lübecker Kreisvorsitzende Jörn Lemke als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Interessant daran ist, dass mit den stellvertretenden Vorsitzenden Lütke und Lemke zwei Neonazis im Landesverband der NPD sitzen, die beste Kontakte zur bundesweiten Nazistrukturen besitzen und auch in Schleswig Holstein als Schnittstellen zwischen militanten Neonazis und der NPD fungieren. Auf einer Landesvorstandssitzung in Neumünster wurde entschieden, das die wahlkampffreie Zeit in Schleswig Holstein mit dem weiteren Aufbau der Parteistrukturen und öffentlichkeitsschaffenden Aktionen ausgefüllt werden soll. Diese Aktionen sollen in Form von Flugblättern und öffentlichen Veranstaltungen bestehen. Für den Landtagswahlkampf im September 06 im Mecklenburg Vorpommern wurde vereinbart, das sich die Schleswig Holsteiner NPD aktiv mit Personal am Wahlkampfgeschehen beteiligen wird.



Die Umsetzung!

Mit einer Kampagne des Kreisverbandes Lübeck zu dem Jahrestag der Bombardierung Lübecks mit einer Kundgebung am 18. März in der Lübecker Innenstadt und einer abschließenden Demonstration mit 150 Neonazis am 1. April, die von Antifaschisten erfolgreich blockiert werden konnte, nahmen die Aktivitäten der NPD in der Öffentlichkeit wieder zu. Auch auf bundesweiten Nazidemonstrationen wurden vermehrt Kader der Schleswig-Holsteinischen NPD gesichtet, die auch zum Teil als Gastredner auftraten.

Erst Anfang Juni stellte sich zufälligerweise raus, dass der Vorsitzende des Kreisverbandes Kiel/Plön Hermann Gutsche eine Demonstration gegen das Kieler linksalternative Kulturprojekt Meierei angemeldet hatte. Dank schneller Reaktion und entschlossenen Handelns seitens der Kieler AntifaschistInnen konnte diese Demonstration verhindert werden. Eine wiederum von Hermann Gutsche angemeldete Demonstration gegen die Meierei in der Kieler Innenstadt konnte zwar verhindert werden, aber das Kieler Ordnungsamt und die Polizeibehörde erlaubte den Neonazis eine Kundgebung vor dem Kieler Hauptbahnhof. Diese Kundgebung fiel für die NPD völlig ins Wasser, da sich nur zwanzig Neonazis daran beteiligten und diese sich nur von der Polizei getrennt von 250 AntifaschistInnen umzingelt in einer Ecke des Kieler Bahnhofsvorplatz wiederfanden. Dieselbe Kundgebung, die vor dem Neumünsteraner Hauptbahnhof statt-

finden sollte, wurde von den Nazis aufgrund der bleibenden Eindrücke, die sie in Kiel gesammelt hatten abgesagt.

Ein Versuch der Einschätzung

Es ist schon auffällig, dass an den so genannten öffentlichkeitsschaffenden Aktionen der NPD Schleswig Holstein immer der gleiche Personenkreis teilnimmt. Außer den Parteimitgliedern Jens Lütke, Jörn Lemke und Hermann Gutsche stehen zumeist Nazis aus der militanten Kameradschaftsszene auf der Straße. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass ein Großteil, der nach eigenen Parteiangaben 250 NPD Mitgliedern in Schleswig-Holstein, eher einen passiven Status in ihrer Partei wahrnimmt, der wohl über das monatliche Überweisen der Mitgliedsbeiträge und das Lesen der Parteipostille nicht hinausgeht. Es ist trotzdem damit zu rechnen, dass der gerne von der NPD proklamierte „Kampf um die Straße" auch in Schleswig Holstein durch militante Neonazis umgesetzt wird. Auch ein momentan schwelender Streit in der Führungsspitze des Landesverbandes wird nicht unbedingt zu einer „Aktionsfähigkeit" innerhalb der NPD-SH beitragen. Der frühere Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Lauenburg/Stormarn, Heino Förster musste nach einem Landesschiedsgerichtsverfahrens aus der Partei ausgeschlossen werden. Heino Förster hat nach Auffassung des NPD-Vorstandes Parteigelder unterschlagen und Mitglieder der Partei als verstorben gemeldet.Dieser Rauswurf eines ihrer ältesten NPD-Mitglieder wird von Teilen des Landesverbandes SH als ungerechtfertigt betrachtet und als gezielte Aktion gegen unangenehme Parteimitglieder gewertet. In einem Internetforum, das für die Öffentlichkeit einsehbar ist, werden in diesem Streit um Heino Förster schon mal die wahre Denkensweise des einen oder anderen Parteimitgliedes ersichtlich. Unter anderen wird auch schon mal damit gedroht das eine oder andere Parteimitglied, das noch zu Heino Förster steht, nach der „Machtübernahme" an die „Wand zu stellen und abknallen zu lassen". Nach solchen Sätzen und dem momentanen Stand von antifaschistischen Beobachtungen ist von einer Radikalisierung und Einflussnahme durch die in der NPD assimilierten militanten Neonazis nicht nur in der NPD-SH auszugehen. Oder wie der jüngst aus der NPD ausgetretenen Lübecker Neonazi Reinhard Jancke in einem offenen Brief an den NPD-Vorstand schrieb: „Dann braucht ihr ja nur noch den Freigänger Peter Borchert wieder in die Partei aufnehmen."

Liebe Kameraden liebe Freunde,

der Landesvorstand der VVN-BdA hat den Entwurf eines Briefes an die Landesregierung Schleswig-Holstein formuliert, den wir mit Freunden und Mitstreitern diskutieren wollen. Wir sind an Euren Meinungen interessiert und würden uns über Rückmeldungen freuen.

Wir bitte die schleswig-holsteinische Landesregierung, sich offensiv für ein Verbot der NPD einzusetzen.

„Die NPD ist aufgrund ihrer politischen Programmatik, Strategie und Taktik, ihrer politischen Sprache und Rhetorik, ihrer affirmativ-apologetischen (verteidigenden und bejahenden) Darstellung nationalsozialistischer Verbrechen und ihrer nationalistischen Traditionspflege eine dem Nationalsozialismus wesensverwandte und daher nach Maßgabe von Art. 21 Abs. 2 GG verfassungswidrige politischen Partei."

Das ist der Wortlaut des Verbotsantrages der Bundesregierung an das Bundesverfassungsgericht 2001 und heute so aktuell wie damals.

Die Umtriebe der Neonazis haben in Schleswig-Holstein wie auch im Bundesgebiet stark zugenommen und eine neue Qualität erreicht. Sie marschieren auf den Straßen, werben an Schulen und bedrohen demokratisch gesinnte Menschen. Das Agieren von NPD, DVU sowie der Kameradschaften kann nicht als Randerscheinungen verharmlost werden. Rund 26400 politisch motivierte Straftaten wurden lt. Bundesinnenministeriums 2005 in Deutschland registriert, das ist fast ein Viertel mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Gewalttaten nahm im Vergleich zum Vorjahr sogar um 36% zu.

Eine aktuelle Auflistung der Opfer rechter Gewalt von 1990 bis heute beweist die Notwendigkeit der juristischen wie politischen Maßnahmen: ob im Kreis Dithmarschen, wo Heide im Zentrum neofaschistischer Aktivitäten stand, in Lübeck, wo die Verflechtung zwischen NPD und den neofaschistischen Kameradschaften deutlich zu Tage trat oder in Neustadt, wo Nazis den Jüdischen Friedhof schändeten – die im Verfassungsschutzbericht aufgeführten Taten sind nur die Spitze eines Eisberges, der aufzeigt, dass die NPD nicht zur demokratischen Vielfalt gehört, sondern ein Gefahr für die Demokratie darstellt.

Unter den 133 Todesopfern der Neofaschisten im Bundesgebiet sind auch 17 Menschen aus Schleswig-Holstein zu beklagen.

Angesichts dieser Tatsachen fordert die VVN-BdA Schleswig-Holstein die Landesregierung auf, über den Bundesrat die Wiederaufnahme des Verbotsverfahrens zu erreichen.

Dafür sprechen folgende Fakten:

1. Die NPD hat keinen Anspruch auf Legalität.

Das Grundgesetz ist nach Geist und Buchstaben eine antifaschistische Verfassung. Es wurde als ein Gegenentwurf zum nazistischen Verbrecherstaat geschaffen. Politisch, historisch und moralisch ist Faschismus keine Meinung unter vielen, sondern ein politisches Verbrechen.

2. Die NPD ist die gefährlichste neofaschistische Organisation. Sie steht nicht nur als Hauptträgerin der Kontinuitätslinie zum historischen Faschismus da, sondern hat sich in den letzten Jahren zum gefährlichen Kristallisationskern des gesamten Neofaschismus entwickelt. Die NPD-Führung hat ein Bündnis mit gewaltbereiten Gruppen, den so genannten Kameradschaften geschlossen. Ein solches Bündnis gab es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie. Die soziale und wirtschaftliche Verelendung in der Gesellschaft wirkt dabei fördernd für die NPD.

3. Ein zweiter Anlauf für ein Verbotsverfahren ist juristisch möglich. Die Bundesverfassungsrichter Hans-Jürgen Papier und Winfried Hassemer haben am 29. Januar 2005 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein neues Verbotsverfahren juristisch möglich ist. Entgegen weit verbreiteter Annahmen fällte das Gericht keine Sach-, sondern eine Prozessentscheidung. In dem Beschluss vom 18. März 2003 wird dazu erklärt, dass die Beobachtung einer politischen Partei durch V-Leute des Verfassungsschutzes, die als Mitglieder des Bundesvorstandes oder eines Landesvorstandes fungieren, unmittelbar vor und während eines Verfahrens unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren sind.

Das Verhalten der Verfassungsschutz-Behörden, die angeblich den Rechtsextremismus bekämpfen, bildete also das tatsächliche Hindernis.

4. Eine gesellschaftliche Mehrheit ist für ein Verbot der NPD.

Die Fraktionen von SPD, CDU und Linkspartei. PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern forderten im März dieses Jahres ihre Landesregierung übereinstimmend auf, alle Möglichkeiten eines Verbotsverfahrens gegen die NPD zu prüfen und dieses auf den Weg zu bringen. Dies zeigt, ebenso wie Stellungnahmen von Ministerpräsidenten und Gewerkschaften, u.a. der Gewerkschaft der Polizei, dass es bezüglich eines NPD-Verbots einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Schleswig-Holstein

Nordkonferenz in Heideruh
(Fortsetzung)

In der ar Nr.53 brachten wir das Referat von Bernd über das friedenspolitische Programm der VVN-Bda, heute folgt das Thema faschistische Aktivitäten und antifaschistische Gegenstrategien.

Kerstin Kötliz (Mitglied des sächsischen Landtags für die Linkspartei PDS) und ihr Mitarbeiter Volkmar Wölk berichteten vom politischen Kampf gegen die sächsischen Faschisten inner- und außerhalb des Parlaments. Volkmar schilderte die Geschichte der faschistischen Bewegung seit 1989 in Sachsen und Kerstin ging auf die heutige Situation in Sachsen und die daraus für die antifaschistische Arbeit zu ziehenden Lehren ein. Zu diesen Lehren gehört, dass einzelne Gruppen den antifaschistischen Kampf nicht alleine machen können, schon gar nicht allein aus den Parlamenten heraus. Entsprechende gesellschaftliche Bündnisse müssen also entstehen. Wichtig sei hierbei die Arbeitsteilung der Gruppen zu beachten und eine wirkliche Akzeptanz der Gruppen und ihrer unterschiedlichen Herangehensweise zu erreichen. Es muss eine Vernetzung der Partner auf Grundlage von Vertrauen entstehen und die Arbeit muss kontinuierlich, d.h. nicht nur anlassbezogen (Wahlkampf, NPD-Demo etc.) gemacht werden.

Die Faschisten können sich auf dem platten Land besser ausbreiten, weil – zumindest in Sachsen – die starken Gegenkräfte wegen der schlechteren wirtschaftlichen Verhältnisse nicht vorhanden sind. Vor allem bei bürgerlichen Kräften herrscht die Haltung vor, das Problem totzuschweigen, um potentielle Investoren nicht abzuschrecken, zu sehr auf den Repressionsapparat zu vertrauen und sich an falsche Konzepte, wie die akzeptierende Jugendarbeit, zu halten. In Sachsen sei zu beachten, dass sich dort die im Landtag sitzende NPD ihre Arbeit nicht territorial einschränkt, noch sich auf die parlamentarische Arbeit beschränkt. Die NPD leistet viel „Kulturarbeit“ und setzt sich scheinbar für die Belange der Bevölkerung ein. Sie nimmt in ihrer parlamentarischen Arbeit Bezug auf Anträge anderer Fraktionen (vor allem der CDU) und 95% ihrer Anträge sind nicht zu Themen, die man unmittelbar dem faschistischen Themenkreis zuordnen würde. Zu beachten sei noch, dass die Übernahme rechter Themen durch vor allem bürgerliche Parteien (bspw. Patriotismusdebatte der CDU) und die herrschende Totalitarismustheorie die Akzeptanz der Faschisten nur fördert.

Nach einer anschließenden lebhaften Diskussion kam Thomas Willms zu Wort. Er referierte über Zukunftsperspektiven des Antifaschismus. Er beschäftigte sich damit, warum nur so wenige Organisationen Jahrzehnte oder sogar ein Jahrhundert bestehen bleiben. Hieran seien vor allem die Veränderungen der sozialen, ideologischen und technischen Umwelt der Organisationen schuld. Vor allem gebe es zwei einander gegenüber stehende Auswüchse, die für das Scheitern von Organisationen verantwortlich seien, und zwar Beliebigkeit und Verhärtung, die sich sowohl inhaltlich, aber auch in der Vermittlung dieser Inhalte nach außen zeigen. Für die VVN-BdA zog Thomas vier Konsequenzen hieraus, nämlich 1. bei dem Kern unserer Arbeit, nämlich möglichst den Faschismus zu vernichten, zu bleiben, 2. unsere inhaltliche und organisatorische Autonomie vollständig zu bewahren, 3. akzeptieren, dass andere Gruppen mit ähnlichen Zielen anders sind als wir, was umso besser geht, je mehr wir wissen, was wir wollen und 4. die Sprache der jeweiligen Zeit benutzen.

Michael Quelle sprach zum Thema „Die sicht der Jugend auf die VVN-BdA“ und ging dabei insbesondere auf die Gruppenarbeit in Stade ein. Hierbei werden häufig sehr aktuelle Fernsehbeiträge zum Neofaschismus auf Video gezeigt und anschließend diskutiert. Im Sommer trifft man sich gesellig in Michaels Kleingarten und lädt Referenten zu Kurzreferaten ein. Für den Erfolg solcher Gruppenarbeit mit Jugendlichen ist es wichtig, niedrigschwellige Angebote an die Jugendlichen zu machen (Filme, Feten oder Aktionen, bei denen jeder mitmachen kann), dass den Jugendlichen die „Infrastruktur“ (z.B. bei Aktionen die Sandwichplakate) gestellt wird und sie auch eine gewisse „Anleitung“ von den Älteren erhalten. Michael betonte hierbei besonders, dass diese Treffen generationen- und gruppenübergreifend erfolgen müssen, und dass ausreichende Finanzen auch wichtig sind. In der anschließenden Diskussion stellte sich heraus, dass es in einigen Gegenden nicht immer die Jungen sind, die unserer Vereinigung fehlen.

In der Schlussrunde wurde die Nordkonferenz durchaus positiv bewertet.

„Tabus der bundesdeutschen Geschichte“

ist der Titel eines neuen Buches des Ossietzky-Verlages. Im Klappentext heißt es:“ Über Entstehen und Vergehen der DDR wird jetzt viel geforscht und publiziert. Unterbelichtet, fast ausgeblendet ist dagegen die Vor- und Frühgeschichte des übrig gebliebenen deutschen Staates, dem der andere beigetreten ist. Eine Tradition des Nichtwahrhabenwollens, des Beschweigens, des Verleugnens gehört zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wie gelang nach 1945 die „Wiederherstellung der alten Macht- und Besitzverhältnisse“, die der DGB schon früh in seinem Grundsatzprogramm konstatiert hat? Die Selbstentnazifizierung der Eliten mit „Persilscheinen“, die man sich gegenseitig ausstellte, ist ebenso verdrängt und vergessen wie die heftigen politischen Auseinandersetzungen um die Richtung, in die sich Staat und Gesellschaft entwickeln sollten. Aber es lassen sich Spuren sichern und Erklärungen dafür finden, wie und weshalb vieles, was die Siegermächte im Potsdamer Abkommen festgelegt und wozu sich die Deutschen in ersten Parteiprogrammen und Länderverfassungen verpflichtet hatten, innerhalb weniger Jahre ins Gegenteil verkehrt wurde.“ *(248 Seiten, 15 Euro, ISBN 3-9808137-4-6)*

NPD-Funktionär wegen Körperverletzung verurteilt

In einem viertägigen Prozess hat das Amtsgericht Itzehoe vier Rechtsextremisten, von denen zwei Funktionäre der NPD sind, wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das Gericht befand sie für schuldig, am Rande des NPD-Parteitags auf eine am Boden liegende Journalistin, die bei den Gegendemonstranten stand, eingetreten zu haben. Der NPD-Landtagskandidat Ingo Stawitz aus Uetersen und der Landesvorsitzende der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, Stefan Köster, erhielten je sechs Monate Gefängnis , die zur Bewährung ausgesetzt wurden, ebenso ein dritter Angeklagter. Ein Vierter,

gegen den in einem abgetrennten Verfahren verhandelt wurde, erhielt vier Monate Haft. Stawitz und Köster müssen der Frau je 500 Euro Schmerzensgeld zahlen. Sie müssen außerdem je 60 Stunden Arbeitsauflagen ableisten.

Über den Prozess schrieb uns Gerd Kleinwort:

„Nur ein derzeit einfaches Parteimitglied bekannte sich zur Tat, entschuldigte sich und zahlte schon vorab ein symbolisches Schmerzensgeld. Der Parteifunktionär aus Mecklenburg-Vorpommern sagte nicht zur Sache aus, aber beanspruchte bei der Beweisuntersuchung für sich, zur Tatzeit nicht richtig wirklich am Tatort gewesen zu sein. Der NPD-Kandidat aus Uetersen war entschieden aussagefreudiger, weniger allerdings zur Sache, aber dafür, was er so für rechtens hält. Zu seiner Mitverantwortung sagte er, er habe sich vergewissern wollen, dass die bereit gehaltenen Polizeikräfte schleunigst kämen, als es aus der Protestdemonstration zu Sachbeschädigungen gegen das Veranstaltungslokal und davor geparkte Autos gekommen sei. Dann beteiligte er sich an der gemeinschaftlichen Gewalttätigkeit gegen die Demonstrantin.

Die Polizeibeamten in Zivil, die die Situation vor und nach Signalschüssen beobachteten, konnten bei keinem der Rechtsextremisten irgendwelches Verhalten erkennen, das darauf abzielte, eventuelle Straftäter festzuhalten. Der Kandidat aus Uetersen blieb aber in der Verhandlung dabei, eine „straffällige“ Person festgehalten zu haben. Die Person, deren Festhalten er betrieben habe, habe aber eine andere Haarfarbe gehabt als die überfallene Journalistin.

Das Amtsgericht befand diese Darstellung für unglaubwürdig, ebenso die Einlassungen des Parteifunktionärs aus Mecklenburg-Vorpommern. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten die Gunst der Stunde tüchtig nutzten, um einfach drauflos zu prügeln. Der Anklagepunkt der Nötigung und des versuchten Raubs einer im Besitz der Journalistin befindlichen Kamera wurde nicht verfolgt, vielleicht spielt das in einem Folgeverfahren eine Rolle. Die Verurteilten haben das Rechtsmittel der Berufung eingelegt, obwohl sie nur geringe Bewährungsstrafen, geringe Geldbußen bzw. Arbeitsauflagen und ein sparsam bemessenes Schmerzensgeld auferlegt bekommen haben. Immerhin wurde die Journalistin nicht nur festgehalten, sondern auch erheblich verletzt.“

Demo in Svendborg

Nej til nazisme
Ja til tolerance
og respekt

Für den 10. Juni 2006 hatten das rassistische und nazistische Netzwerk „Dansk Front“ und „Nationalliberale“ zusammen mit anderen rechtsextremistischen Gruppen einen ausländer- und menschenfeindlichen Aufmarsch in Svendborg (Fünen, DK) angekündigt.

Linke Parteien, Gewerkschaften und antifaschistische Organisationen hatten zur Gegendemonstration aufgerufen. Über 500 Demonstranten aus Århus, Odense und Kopenhagen waren nach Svendborg gekommen, um die Bewohner mit den Nazis nicht alleine zu lassen. Mit der Überschrift „Keine Nazis in unserer Stadt“ waren einige Tage zuvor über hundert Plakate in den Straßen und auf Plätzen verklebt worden.

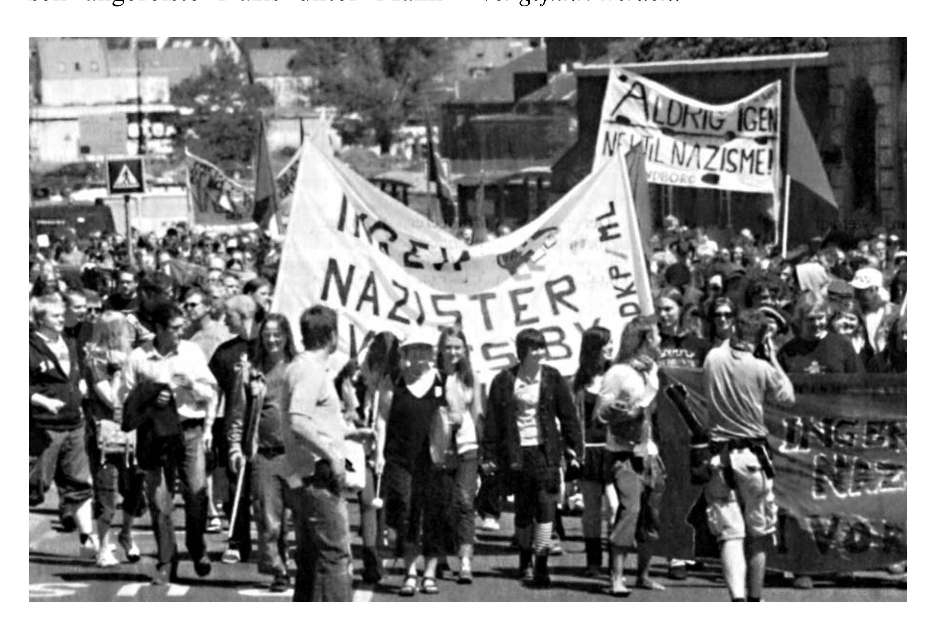
Auch von Flensburg war ein Bus mit 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten zur solidarischen Unterstützung nach Svendborg gefahren. Sie wurden bei der Ankunft von der Polizei ausdrücklich willkommen geheißen und von den Demo-Teilnehmern mit spontanen Beifall begrüßt.

Vom Bahnhof aus marschierten die angereisten Gewerkschafter, Mitglieder linker Parteien und Organisationen und autonome Antifaschisten zusammen mit Einwohnern der Stadt zum Marktplatz, um gegen Nazismus und die anwesenden Nazis zu protestieren.

Mit zwei Stunden Verspätung wurden dann etwa 150 mit zwei Luxusbussen angereiste Nazis unter Manndeckung von einer gleichgroßen Polizeitruppe zu ihren Versammlungsplatz „Krøyers Have“ eskortiert. Anschließend wurde der Platz von der Polizei abriegelt, um die unerwünschten Gäste von den aufgebrachten Antifaschisten zu trennen und um gewalttätige Auseinandersetzungen zu verhindern. Die Nazis befanden sich dadurch in einem Polizeikessel und bekamen keine Möglichkeit sich zu entfalten. Nach dem Abzug der Nazis übernahmen die Antifaschisten „Krøyers Have“ und feierten ihren Sieg.

Wenn auch dieses mal die Nazis wahrscheinlich tief frustriert nach hause fahren müßten, so haben in Dänemark doch rassistische und faschistische Organisationen die aufgeladene Stimmung im Land seit der „Mohammed-Krise“ erfolgreich für sich genutzt. Diese Erkenntnis darf nicht verschwiegen werden, sondern erfordert aktive Gegenwehr. Das gilt nicht nur der Gewalt und der rassistischer Provokation von Rechtsextremisten, sondern auch der organisierten Diskriminierung ethnischer Minderheiten durch das offizielle Dänemark. Es gibt anscheinend einen direkten Zusammenhang zwischen dem offiziellen und organisierten Staatsrassismus, der von der Regierung und Dansk Folkeparti ausgeht und der zunehmenden Gewalt der Rechtsextremisten.

Deshalb ist der Kampf gegen Rassismus in Dänemark auch ein Kampf gegen die Politik der Regierung und Dansk Folkeparti. Der Kampf um gleiche Rechte für alle -unangesehen der Hautfarbe und Religion - muß stärker und offensiver geführt werden!



Massaker der Wehrmacht im belgischen Ardennendorf Marcourt im September 1944

Im Sommer 1956 war ich auf Trampfahrt in den Ardennen und kam auch in das kleine Dorf Marcourt. Bei einem abendlichen Spaziergang mit einigen Holländern und dem dortigen Jugendherbergsvater merkte ich eine gewisse Abneigung des letzteren mir gegenüber. Auf meine Nachfrage wurde mir erklärt, dass in dem Dorf im Herbst 1944 (9.September 1944) ein Massaker von der Wehrmacht anlässlich des Rückzuges der deutschen Truppen verübt worden ist. Der Jugendherbergsvater selbst war im KZ Dachau. Man führte mich auch an eine kleine Scheune, die als Gedenkstätte hergerichtet war. Dort hatten die Nazis zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes ermordet und die Scheune angezündet. Angesichts dieses Verbrechens konnte ich natürlich die Reserviertheit mit gegenüber verstehen.



Da mich dieser Fall besonders in den letzten Jahren nicht ruhen ließ, habe ich mich an die Gemeinde Rendeux, zu der Marcourt gehört, gewandt. Herr Jacques Martin, Professor (Lehrer) im Ruhestand, der dort wohnt, hat meinen Brief wie folgt beantwortet:

„Die Geschichte meines Dorfes hat mich schon immer interessiert.1984 und 1994 haben anlässlich des 40. und 50. Jahrestages des Massakers zahlreiche Demonstrationen stattgefunden. Jeden Sonntag, der dem 09. September 1944 am nächsten liegt, erinnern wir uns an diejenigen, die mit Maschinengewehren niedergeschossen und anschließend in einem Nebengebäude des Hauses Mawet verbrannt wurden. An dieser Stelle wurde eine Gedenkkapelle errichtet, eine weitere befindet sich hinter der Kirche von Marcourt.

Von Juni bis Dezember 2004 haben wir den 60. Jahrestag der Landung der alliierten Truppen in der Normandie gefeiert, den Tag der ersten Befreiung unserer Region, dann an das Massaker in Marcourt am 8. und 9. September 1944 gedacht sowie an die Ardennenschlacht vom 16.12.44 bis 28.01.45. Eine Ausstellung wurde den ganzen September 2004 hindurch über Marcourt und die benachbarten Dörfer gezeigt. Es kamen ungefähr 700 Besucher. Für uns war das eine PFLICT ZUM GEDENKEN UND ERINNERN.“



So weit noch einmal die Schilderung der Ereignisse vom September 1944 und ein Teil der Antwort von Herrn Jacques Martin.

Nach Austausch zahlreicher Informationen, wobei wir auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten vorgestellt haben, besuchten wir im Auftrag der VVN zunächst einmal als Privatleute vom 26. bis 28. April 2006 den Ort Marcourt, wo wir von Herrn Jacques Martin und einem weiteren Mitglied der Gruppe, Herrn Michel Legrand aus Marcourt sehr herzlich aufgenommen wurden. Wir wollten einander auch persönlich kennen lernen und gewannen gegenseitig einen sehr positiven Eindruck voneinander.

Herr Martin hatte ein sehr interessantes Besuchsprogramm für uns vorbereitet. So besuchten wir den deutschen Soldatenfriedhof in der Nähe von Bastogne, der von Belgiern und Deutschen gepflegt wird. In der Nähe des Ortes La Roche-en-Ardenne befindet sich eine riesige Gedenkstätte der Amerikaner, die an die Ardennenschlacht von 1944 bis 1945 erinnern soll.

In Marcourt schilderte man uns noch einmal, wie es zu dem Massaker gekommen war. Auf der Hauptverbindungsstraße zwischen Marcourt und La Roche-en-Ardenne gab es eine Schießerei zwischen Belgiern und Deutschen, wobei ein deutscher Panzer kampfunfähig geschossen wurde und der zweite abdrehte. Dann kam es am nächsten Tag zu dem Massaker seitens der Wehrmacht. Im Ort legten wir an der Kapelle Blumen nieder, dort wurden 11 Dorfbewohner von der Wehrmacht ausgesucht und durch Schüsse in die Beine fluchtunfähig gemacht. Dann wurden die Opfer in eine Scheune getrieben, welche anschließend angezündet wurde. Wir besuchten ebenfalls die Kirche, wo sich hinter der Kirche die Gräber der Ermordeten befinden.

Zu den Gedenkfeiern in Marcourt am 10. September 2006 wurde eine Delegation der VVN herzlich eingeladen. Wir können das als eine große Ehre betrachten, denn in der Vergangenheit war es angesichts der furchtbaren Ereignisse vom September 1944 sehr schwierig, dass Deutsche dort Kontakt fanden. Wir bitten daher dringend unsere Mitglieder, die an der Delegation teilnehmen möchten, sich bei Gesa und mir zu melden, damit wir rechtzeitig die Zahl der Besucher aufgeben können. Auch haben wir bereits angeboten, eine Gruppe aus Marcourt zu uns einzuladen. Eine alternative antifaschistische Hafenrundfahrt, ein Besuch in Neuengamme sowie ein Stadtrundgang in Wedel werden sicherlich ein interessantes Programm bieten.

Gesa und Horst Metzger

Einladung

Zur Landesmitgliederversammlung am 2. September von 13 bis 18 Uhr im Gewerkschaftshaus Neumünster , Carlstraße 7

Wir wollen über das Thema „Zukunft des Antifaschismus in Schleswig-Holstein“ diskutieren (u.a. über den Entwurf der VVN-BdA zum Verbot gegen die NPD) und überlegen, wie und mit welchen Mitstreitern wir die Aufgaben anpacken können.

Bitte nehmt diesen wichtigen Termin wahr und gebt die Einladung (sie wird in den nächsten Tagen an die Kreise gehen) an Freunde und Interessierte weiter.

Antifaschistische Aktionstage in Neumünster !

Vom 27. – 30. September finden in Neumünster antifaschistische Aktionstage statt.

„Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt“ lautet das Motto der Veranstaltungen. Es soll darauf hinweisen, dass die Bürger der Stadt den Nazitreff „Club 88“ nicht unwidersprochen hinnehmen wollen.

Die Gewerkschaft ver.di wird die Ausstellung der VVN-BdA „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ organisieren (der Ort steht noch nicht fest), und ein Bündnis plant unterschiedliche Aktionen und Veranstaltungen in Neumünster. Am 30 September soll es von 14 bis 18 Uhr einen „Markt der Möglichkeiten“ geben, auf dem u.a. die „Oma Körner-Band“ auftritt. Natürlich ist die VVN-BdA in die Vorbereitungen eingebunden, da aber viele Aktive wie auch andere Organisatoren in Urlaub sind, können genaue Festlegungen noch nicht getroffen werden.

Bitte haltet Euch die Termine Ende September frei, wie werden so bald wie möglich genaue Informationen weitergeben, um unsere Aktivitäten planen zu können.

Veranstaltungsreihe in Itzehoe

Eine Gruppe junger Leute in Itzehoe plant, mit Hilfe der VVN-BdA eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Entwicklung und Kontinuität des Rechtsextremismus in Deutschland und Schleswig-Holstein“ zu organisieren.

Insgesamt sind 3 – 4 voneinander unabhängige, aber aufeinander aufbauende Veranstaltungen vorgesehen. Als Zielgruppe nennen sie alle interessierten Menschen, aber mit Schwerpunkt auf Schüler, da diese die bevorzugte Zielgruppe rechtsextremistischer Parteien sind.

Fest ins Auge gefasst sind drei Sonnabende im Oktober.

Am 7.10. wird Marianne Wilke über ihre Kindheit und Jugend als „Halbjüdin“ in der Nazizeit berichten.

Am 14.10. ist ein Referat von Andreas Speit vorgesehen. Er wird über die aktuelle Lage innerhalb der rechten Szene berichten und speziell auch über die Kleidung der Nazis.

Am 21.10. soll eine Podiumsdiskussion stattfinden, außerdem könnte die Ausstellung der VVN „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ gezeigt werden. Veranstaltungsräume stehen noch nicht fest, wir werden auf weitere Informationen warten müssen, um konkret einladen zu können.

„Lübeck unterm Hakenkreuz“

Die Hansestadt Lübeck verfügt wie keine andere Stadt in Schleswig-Holstein über eine antifaschistische Tradition, die weit vor der Machtübertragung an den Nationalsozialismus begründet wurde. Mit Stolz verweisen Lübecker auf die Tatsache, dass Adolf Hitler nach einem im Jahre 1932 von SPD, KPD und Gewerkschaften verhinderten Auftritt in Lübeck die Hansestadt nie wieder aufgesucht hat, wenngleich ihn die Stadtoberen zum Ehrenbürger ernannten. Persönlichkeiten wie der Reichstagsabgeordnete Dr. Julius Leber (SPD), der sozialdemokratische Redakteur Dr. Fritz Solmitz, die Familie Bringmann, in der alle acht Söhne zum kommunistischen Widerstand gehörten, die katholischen Geistlichen Hermann Lange, Eduard Müller und Johannes Prassek sowie der evangelische Pastor Karl Friedrich Stellbrink sind bleibende Symbole des Antifaschismus.

Günther und Marianne Wilke haben im Lübecker Stadtarchiv geforscht, mit Zeitzeugen gesprochen und historische Stätten aufgesucht. Jetzt ist ihr Buch „Lübeck unterm Hakenkreuz“ erschienen, und sie wollen es am **10. November 2006 um 19.30 Uhr im Gewerkschaftshaus** in Lübeck vorstellen.

Die VVN-BdA Lübeck lädt herzlich ein.

Gedenkstätte Neuengamme: „Zeitspuren“

Am 4. Mai 2005, zum 60. Jahrestag der Befreiung, wurde die umfassend neu gestaltete Gedenkstätte Neuengamme der Öffentlichkeit übergeben.

Nach Jahrzehnten politischer Auseinandersetzungen kann die Gedenkstätte erst jetzt, nachdem die 1948 errichtete Justizvollzugsanstalt verlegt wurde, das historische Lagergelände nutzen. Fritz Bringmann hat in jahrelangen zähen Verhandlungen mit dem Hamburger Senat mit dazu beigetragen, dass das heutige Ergebnis möglich wurde.

In mehreren erhalten gebliebenen Gebäuden des ehemaligen Konzentrationslagers werden vier neue Dauerausstellungen gezeigt. Sie widmen sich der Lagergeschichte, der KZ-Zwangsarbeit für die Rüstungsproduktion, der Klinkerherstellung in Neuengamme sowie der Geschichte der SS-Wachmannschaften.

Zur Eröffnung dieser neuen Ausstellungen erschien – ebenfalls am 4. Mai – ein Katalog, der einen umfassenden Überblick über die Inhalte aller vier Ausstellungen bietet.

Der Katalog ist durchgängig dreisprachig /Deutsch, Englisch, Französisch) und präsentiert zahlreiche bislang unveröffentlichte Fotos. Die Geschichte des KZ Neuengamme wird hier anschaulich, mit prägnanten Texten, auf den neuesten Stand der Forschung gebracht.

Eine Karte des kompletten neuen Gedenkstättenareals und der Lagepläne aller Ausstellungen bieten zusätzliche Orientierung.

(Herausgeber: KZ-Gedenkstätte Neuengamme „Zeitspuren - die Ausstellungen“ Edition Temmen, Bremen 2005, 240 Seiten, Euro 14,90 ISBN 3-86108-075-3)

Führungen im Bunker „Kilian“

Der Verein Kilian startet wieder mit den Führungen im Flandernbunker am Kieler Hindenburgufer. Dabei erfahren die Besucher nach den Worten von Jens Rönnau vom Verein Mahnmal Kilian nicht nur Wissenswertes über den einstigen Kommandobunker vor dem Tirpitzhafen, sondern vor allem Hintergründe und Tatsachen zur Kieler und Deutschen Kriegsgeschichte. Schwerpunkte der angebotenen Führungen sind der zweite Weltkrieg und die Zeit des Nationalsozialismus. Fester Bestandteil jeder Führung sind Berichte von Zeitzeugen.

Die Führungen finden bis Dezember 2006 regelmäßig an jedem ersten Sonntag im Monat um 11.30 Uhr statt. Treffpunkt ist der blaue Bürocontainer vor dem Bunker. Der Eintritt beträgt 3 bzw. 2 Euro. Sonderführungen für Gruppen und Schulklassen sind jederzeit möglich, auch in Fremdsprachen.

Anmeldungen und Informationen unter Tel. 0431-93211 (Dr. Repetzky) oder 0431-12279862 (Büro Mahnmal Kilian).

Kiel unter'm Sofa – ein Erlebnisgang mit HEMPELs e.V.

Unser Verein „Geo step by step“ hatte viel zu feiern in diesem Jahr an seinem 10. Geburtstag. Und HEMPELS, das Kieler Stadtmagazin, ist auch 10 Jahre alt geworden. Es ist eines der ältesten und größten in Deutschland mit einer Auflage von 15 000 pro Monat. Wenn das kein Grund ist, was gemeinsam zu machen.

Den Lebensraum und die Lebensart der Menschen, die gemeinhin als „Randgruppen“ bezeichnet werden, in Form eines Stadtganges zu zeigen, war genau das, was ich gerne machen würde, denn das Thema „Armut“ ist nicht neu für mich.

Vor ca. 10 Jahren habe ich zusammen mit anderen Frauen einen Videofilm „Armut in der BRD“ gedreht, der auch auf dem 1.Geburtstag von HEMPELs und im Kanal Kiel gezeigt wurde.

Die Interviews mit betroffenen Frauen habe ich nie vergessen und die Situation der Menschen ist keineswegs besser geworden.

In Kiel liegt der Anteil der Kinderarmut mit 29,6 % weit über dem Deutschland-Durchschnitt von 14,2 %. Insgesamt leben 42 500 Menschen in unserer Stadt unter der Armutsgrenze. Immer mehr Bürger fallen aus der Krankenversicherung heraus.

Hartz IV hat die Situation heute noch verschärft, die Kurve ins abwärts verkürzt und versteilt. Nach einem Jahr ist man auf Existenzminimum herunter, muss möglicherweise Wohnung oder mühsam erspartes Haus verlassen, Rentenrücklagen auflösen.

Aber wie das Thema beginnen? Am Anfang habe ich mich erst mal mit dem Begriff „wohnungslos“ befasst - ohne Dach über den Kopf, des Heimes beraubt, vertrieben.

Die Negativbezeichnungen überwiegen bei weitem: Gammler, Gauner, Landstreicher, Wermutsbruder, Zigeuner und und und ...

Oft ging es mir bei den Recherchen schlecht, denn die Statistiken, Zeitungsberichte und Gespräche bekamen Gesichter und Schicksale.

Aber mit der Betroffenheit kamen die Wut und das Verlangen, die Informationen weiter zu geben, was wir mit diesem Stadtgang ein Stück weit leisten wollen.

Wir, das sind Eva und ich. Ich war 4 Jahre (3 Jahre ehrenamtlich und 1 Jahr in ABM) im Gewerkschaftshaus als Projektleiterin für Arbeitslosenprojekte beschäftigt..

Unter dem Dach unseres Vereins „MOKT WI“, einer Arbeitsloseninitiative, hatte auch „Geo step by step“ seinen Platz gefunden.

Seitdem machen Eva und ich so manche Aktionen und Stadtgänge zusammen.

Heute, am 14. Juli 2006, machen wir unseren letzten Stadtgang in diesem Jahr über und mit Wohnungslosen in Kiel.

Wir beginnen am Gewerkschaftshaus, weil hier die erste Runde der Abwärtsspirale beginnt.



Die Gewerkschaft tut sich noch immer schwer mit ihren arbeitslosen Mitgliedern. Man kämpft um den Erhalt von Arbeitsplätzen, aber ist er dann weg, ist die Kampfkraft erloschen.

Aus der Zeit in der Arbeitsloseninitiative wissen wir, wie schnell der psychische und soziale Abstieg vonstatten geht. Kummer und Hoffnungslosigkeit bereiten oft die Wege für verstärkten Alkoholgenuss. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit ist es schon problematisch, einen normalen Gesprächsstoff zu finden. Der Kontakt mit Kollegen und das tägliche Miteinander am Arbeitsplatz fehlt im sozialen Gefüge.

Und davon und über viel mehr können wir und unsere 3 MitstreiterInnen von HEMPELs aus eigener Erfahrung berichten.

H.G.(so heißt er jetzt in der Szene) und ich kennen uns weit mehr als 20 Jahren. Er ist HEMPELs-Verkäufer und er ist mein Kamerad und wird es auch immer bleiben, auch wenn er nicht mehr Mitglied in der VVN-BdA ist. Bis vor ca.10 Jahren hat er im Kieler Vorstand der VVN-BdA mitgearbeitet. H.G. ist seit 1993 überwiegend auf „Platte“. Sein Schlafzimmer kann eine Nische sein, in der er vor Regen und Wind geschützt ist. Schlafsack, Isomatte und eine Tasche voll Habe ist sein Gepäck. Einiges hat er bei Freunden deponiert.

Ich muss schon zugeben, das es mich immer sehr irritiert hat, wenn er mit einem Blätterwald an der Kleidung zu mir nach Hause zu den Sitzungen kam.

Auch im Moment ist sein Schlafplatz ein Gebüsch im Park. Für seine Freundin gilt das gleiche, und gestern sind ihnen auch noch ihre Isomatten geklaut worden, die sie im Gebüsch versteckt hatten. Aber in der Nähe gibt es ein Geschäft, das immer Kartons im Container auf dem Hof hat. Drei Lagen Pappe bieten Schutz gegen die Kälte vom Boden her - sie sagen es ohne Zynismus, wirken nicht bitter. Zwei andere Obdachlose schlafen in der Nähe. Man schützt sich gegenseitig, denn immer mehr Jugendliche machen sich einen Spaß daraus, Obdachlose zu „klatschen“, wie sie es nennen. Die Berichte sind so interessant, das die Zeit an unserer ersten Station weit überschritten wird.

12 Stationen begehen wir – 2 Stunden sind im Programmheft angegeben – heute werden es 3 ½.

Wir wollen nicht nur an Beispielen zeigen, wie schnell man durch das soziale Netz fällt, sondern auch darauf hinweisen, welche Hilfen es gibt und wie viele Menschen sich engagieren, um Unterkünfte, medizinische Versorgung und warmes Essen anzubieten.

Unsere 2. Station ist der Polizeigewahrsam – ich hatte es bei meiner Anfrage bei der Polizei fälschlicherweise als Polizeigefängnis bezeichnet. Na, da wurde ich aber aufgeklärt. Hier sind auch die Ausnüchterungszellen. Als wir mit der Gruppe davorstehen und ich meinen Bericht beginne, kommt ein junger Beamter und erzählt uns alles aus erster Hand. Wenn man bei einer Ausnüchterung sieht, dass einer selbst zu Schaden kommen kann, wird ein Arzt hinzugezogen. Das macht die meisten Kosten aus. Alles gesamt kostet so eine Nacht in dieser Herberge bis zu 200 Euro. Wer kein Geld hat, bezahlt seine Schuld schon mal mit 30 Tagessätzen im Gefängnis.

Station 3 ist die „Zentrale Beratungsstelle für wohnungslose Männer“. Die von der Stadtmission betriebene Beratungsstelle bietet Hilfe bei Anträgen für soziale Leistungen wie Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder auch Krankengeld. Sie vermittelt Wohnungen und vorübergehende Übernachtungsmöglichkeiten. Sie hilft bei der Beschaffung von Personalpapieren, Geburtsurkunden sowie von Arbeitspapieren, Lohnsteuerkarten und ähnlichem. Für alle Hilfesuchenden werden Beratungsgespräche angeboten, auch für Menschen mit psychischen Problemen. Hier werden die Hilfsbedürftigen an ärztliche Einrichtungen und andere Beratungsstellen wie zum Beispiel an die Sucht- oder Schuldenhilfe vermittelt.

Zur Zeit leben circa 200 Männer und

40 Frauen in Kiel ohne Wohnsitz und Arbeit. Aber auch andere Bedürftige nehmen diese Hilfe in Anspruch. Die Beratungsstelle ist nur für Männer zuständig, Frauen haben die Möglichkeit, eine spezielle Frauenberatungsstelle aufzusuchen.

Neben den Menschen, die zur Beratung kommen, erscheinen regelmäßig auch die, die für das Arbeitsamt erreichbar sein müssen und in diesem Haus die Post ausgehändigt bekommen. Die Empfänger einer sozialen Leistung bekommen einen Auszahlungsschein, der bei der Stadtkasse einzulösen ist. H.G.'s Freundin ergänzt dazu, das man jetzt einen Chip ausgehändigt bekommt, den man an einem Geldautomaten bei der Arbeitsagentur Kiel-Mitte innerhalb von einer Stunde einlösen muss.

Im Haus befindet sich eine Teestube, die es den Besuchern ermöglicht, die Wartezeit an einem warmen Ort zu verbringen. Neben einer Duschmöglichkeit stehen auch Waschmaschinen und Trockner für ein geringes Entgelt zur Verfügung.

Unser Weg führt uns auch zu den Gedenkstein für die im Faschismus verfolgten Sinti und Roma im Hiroshimapark. Insgesamt 500 000 Sinti und Roma fielen dem Völkermord des Naziregimes zum Opfer, unter den 20 000 deutschen sind auch 334 Opfer aus Schleswig-Holstein. Im Gedenkbuch im Rathaus habe ich 22 Namen von Kieler Sinti und Roma gezählt. Zwei tragen den Namen „Weiß“, den Namen des jungen Mitstreiters von HEMPELs, der uns beim letzten Stadtgang zu diesem Stein führte. Ihm haben wir zu danken, dass wir diese Station jetzt dazugenommen haben.

Nach 2 Stunden stehen wir im ehemaligen „Gängeviertel“ nahe der Ostseehalle an unserer Station 9. Hier wurde während der NS-Zeit die jüdische Bevölkerung gettoisiert und von hier aus später auch deportiert.

Viele Menschen kennen den roten Winkel, das Kennzeichen der politischen Häftlinge, den auch mein Vater fast 10 Jahre an seiner Häftlingskleidung tragen musste. An diesem historischen Ort möchte ich über die Verfolgung und Vernichtung einer anderen Gruppe berichten, über die Häftlinge mit dem schwarzen Winkel, die sogenannten Aso's. Es handelte sich um sehr unterschiedliche Menschen unter dem Sammelbegriff „asozial“.

Hauptsächlich waren es Bettler, Landstreicher, Zuhälter und mittellose Alkoholkranke sowie viele Roma und Sinti.

Gemeinsam war ihnen allenfalls, dass ihre Verfolger sie als arbeitsscheu ansahen.

Durch die Einlieferung dieser bis dahin weitgehend unbekannten Häftlingsgruppe verdoppelten sich im Sommer 1938 in den Konzentrationslagern die Häftlingszahlen.

Ein Erlass des Reichsinnenministers vom 14.Dezember 1937 zur „Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ hatte es möglich gemacht mit Formularen ohne besondere Geheimhaltung „Asoziale“ loszuwerden und in die KZs einzuweisen.

Kriminalpolizei, Arbeitsverwaltung und die Fürsorge stürzten sich mit Elan auf die neue Möglichkeit. Der enorme Abschreckungseffekt, die einfache, schnelle Durchführung und nicht zuletzt die Kostenfreiheit der KZ-Unterbringung faszinierte beteiligte Kommunalbeamte.

Die Gestapo und die Kriminalpolizei verhafteten 1938 bei zwei Verhaftungswellen, die heute als „Aktion Arbeitsscheu Reich“ bezeichnet werden, Tausende Bettler und Landstreicher, damals „Wanderer“ genannt,

So ordnete die Kriminalpolizeistelle Kassel die Verhaftung eines 27-jährigen Bettlers mit folgender Begründung an: „F. ist ein arbeitsscheuer Mensch. Er zieht planlos im Land umher und lebt vom Betteln. Einer geregelten Arbeit ist er bisher noch nie nachgegangen. Die Allgemeinheit muss vor ihm geschützt werden.“ Der Bettler kam 1941 im Konzentrationslager Gusen um.



Als „asozial“ eingeschätzte Menschen wurden ab 1934 in großer Zahl zwangssterilisiert. Die Leiter von Fürsorgeeinrichtungen waren angehalten, verdächtige „Erbkranke“ zu melden.

Wörtlich hörte sich das beispielsweise in einem Zwangssterilisationsbeschluss des Erbgesundheitsgerichts Kassel aus dem Jahr 1938 so an: „Seit zehn Jahren treibt er sich als Landstreicher ohne feste Arbeit und ohne Heim in aller Welt herum. Dieses Wandern von Ort zu Ort ohne Sinn und Ziel ist ein deutliches Anzeichen seiner primitiven Geistesverfassung.“

An die Stelle der jahrhundertealten Tradition der Vertreibung von Bedürftigen trat also in der Nazizeit Erfassung und Vernichtung.

Die ab Sommer 1938 praktizierte KZ-Deportation bedeutete für viele, wenn nicht sogar für die Mehrzahl der Inhaftierten den Tod.

An dieser Stelle lese ich aus den Erinnerungen unseres Kameraden Fritz Bringmann vor. Er beschreibt diese Situation im KZ Sachsenhausen.

Wer als sogenannter „Asozialer“ überhaupt das KZ überlebte, war von den Entschädigungszahlungen ausgeschlossen. Wiedergutmachung haben sie weder in Ost- noch in Westdeutschland erhalten. Erst seit Einführung einer Härtefallregelung ist dies möglich geworden – auch in Schleswig-Holstein.

Der Gang führte weiter durch die Stadt, zu alten und neuen Drogenplätzen, klärte auf wie „das Betteln, das Niederlassen zum Alkoholgenuss und das Pinkeln in der Öffentlichkeit“ geregelt ist und vieles mehr. Er endete im „Cafe Sofa“, denn seit 1999 besitzt HEMPELs ein eigenes Cafe.

Unsere Gesellschaft hat nicht viel dazu gelernt. Weiterhin werden Wohnungslose diskriminiert, kontrolliert und ausgegrenzt.

Eine riesige Gruppe ist dazugekommen, weitere Menschen, denen ihre Würde und Arbeit genommen wurde. Seit 1993 gehöre ich zu den über 5 Millionen.

Heute erfahre ich, wie schwer es unseren Obdachlosen gefallen ist, überhaupt Hilfe in Anspruch zu nehmen. Bei manchen dauerte es Jahre. Ich kenne diese Scham. Schon lange bin ich berechtigt, mir einmal wöchentlich bei der „Kieler Tafel“ Lebensmittel zu holen. Ich traue mich nicht. Heute werde ich dazu ermuntert.

Andererseits sind die Hilfsangebote, über die wir berichtet haben, zum Teil nicht bekannt. Ich verspreche, eine Liste der Angebote unserer Stadt für das Stadtmagazin HEMPELs zu erstellen.

Juli 2006 - Christel Pieper

Stoppt den Krieg in Libanon und Gaza!

Waffenstillstand sofort – Keine deutschen Truppen nach Nahost

Als deutsche Antifaschistinnen und Antifaschisten wenden wir uns mit Entschiedenheit gegen die regierungsoffizielle Erwägung, deutsche Soldaten nunmehr auch im Nahen Osten einzusetzen.

Solche Erwägungen werden nicht annehmbarer, wenn sie in den Medien mit den Worten kommentiert werden, es sollte die Bundeswehr an der Seite Israels gegen die „Hisbollah“ kämpfen.

Die Verbrechen des deutschen Faschismus und der Holocaust sind schließlich eine wesentliche Ursache für die Entstehung des Konflikts überhaupt. Es ist deshalb geradezu zynisch, den Einsatz deutscher Soldaten dort mit der besonderen deutschen Verantwortung begründen zu wollen.

Wir fordern, dass die Bundesregierung nicht militärische, sondern friedenspolitische Anstrengungen unternimmt, den Konflikt zu entschärfen, insbesondere durch die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen in die Region und durch nachdrückliche Einflussnahmen auf die politisch Verantwortlichen, die terroristische, militärische und strukturelle Gewalt zu beenden und sofort einen Waffenstillstand herzustellen.

Die VVN-BdA tritt entschieden für das Existenzrecht des Staates Israel wie für das eines palästinensischen Staates ein. Sie verlangt die Verwirklichung der Nahost-Resolutionen und -Forderungen der Vereinten Nationen.

Die VVN-BdA stellt fest:

1. Die VVN-BdA wurde 1947 mitbegründet von jüdischen Holocaustüberlebenden. Sie ist stets gegen jeden Antisemitismus aufgetreten.
2. In der Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Krieg im Nahen Osten verurteilt die VVN-BdA Terrorismus und Staatsterrorismus gleichermaßen.
3. Sie ist solidarisch mit der israelischen und der palästinensischen Friedensbewegung. Eine kritiklose Hinnahme des Terrors von Hamas, Hisbollah u.ä. ist für die VVN-BdA ebenso undenkbar wie des Terrors der Regierung Olmert. Die VVN-BdA verurteilt die Eskalation des Krieges im Nahen Osten, wie sie von beiden Seiten betrieben wird.

Ulli Sander

Kontaktadressen:

- ▼ Schleswig-Holstein: Marianne Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [mariannewilke@web.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25 24536 Neumünster
- ▼ Ostholstein: Hans-Eberhard Gaus, Grömitzer Str. 11, 23730 Schashagen
- ▼ Norderstedt: Siegfried Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [snieswandt@wtnet.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Küstringer Str. 7, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Wedel: Horst Metzger, Fasanenweg 10, 22880 Wedel [horst.metzger@planet-interkom.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

Neofakommission Küste [www.kueste.vvn-bda.de]

V.i.S.d.P.: M. Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schlesw.Holstein/Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel. 040/ 43188820

Neofaschismusausstellung der VVN-BdA im Internet

Unsere Neofa-Ausstellung ist jetzt auch im Internet zu sehen. Unter http://neoaschismus.info kann man sich alle 29 Tafeln ins Haus holen. Das ist z.B. für Lehrer eine gute Möglichkeit, sich in aller Ruhe auf den Besuch der Ausstellung vorzubereiten. Neben der Ausstellung sind auch deren aktuelle Termine und Orte aufgeführt, ebenfalls eine sehr umfassende und teils kommentierte Literaturliste sowie begleitende Materialien und Informationen zu Verleih oder Mitarbeit in der VVN-BdA. Also sehr zu empfehlen!

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschisten e.V.
Landesvereinigung Schleswig-Holstein, Lindenstr. 9
24118 Kiel, Tel. (0431)569353, Fax (0431) 735046;

Gemeinnütziges Spendenkonto:
VVN-Bund der Antifaschisten e.V.
Norderstedter Bank EG, BLZ 200 691 11
Kontonummer: 42 28 00

Mitdenken – Mitmachen – Mitglied werden

O Ich wünsche weitere Informationen über die VVN – Bund der Antifaschisten

O Ich möchte Mitglied der VVN – Bund der Antifaschisten werden

Name: ....

Straße: ....

PLZ, Ort: ....

Bitte einsenden an

VVN Bund der Antifaschisten Schleswig-Holstein e.V * Lindenstraße 9 * 24118 Kiel * Tel. (0431) 569353